Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6097**
16. Wahlperiode 18. 07. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3138 –

Klimawandel ernst nehmen – Kernenergielaufzeiten verlängern

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung vor dem Hintergrund der national und international festgelegten Kohlendioxideinsparziele zur Verringerung des Klimawandels aufgefordert werden,

– schnellstmöglich ein nationales Energieprogramm vorzulegen, das eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleistet sowie zu Energieeffizienz und Energieeinsparung beiträgt, wobei kein Energieträger diskriminiert werden soll;

– eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, die zulässige Betriebsdauer der Kernenergieanlagen zu verlängern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3138 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Christoph Pries
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Maria Flachsbarth, Christoph Pries, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Hans-Josef Fell

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/3138** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Mai 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

– ein nationales Energieprogramm schnellstmöglich vorzulegen, das eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleistet, zu Energieeffizienz und Energieeinsparung beiträgt sowie den internationalen Erfordernissen entspricht. Es soll keinen Energieträger diskriminieren, insbesondere vor dem Hintergrund der national und international festgelegten Kohlendioxideinsparziele zur Verringerung des Klimawandels;

– das Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) zu novellieren mit dem Ziel, die zulässige Betriebsdauer der Kernenergieanlagen zu verlängern, da die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität als Übergangstechnologie als Beitrag zur Kohlendioxidreduktion und damit zur Verringerung des Klimawandels anzusehen sei. Die Kernenergieanlagen sollen sich an den nach Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Sicherheitskriterien orientieren.

III.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3138 abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/3138 in seiner 43. Sitzung am 4. Juli 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass die Bundesregierung derzeit mit Nachdruck ein Energiekonzept für die Zukunft erarbeite, bei dem alle Primärenergieträger berücksichtigt werden sollen. Innerhalb der Koalition von CDU, CSU und SPD gebe es keine Einigkeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Fraktion der CDU/CSU vertrete die Auffassung, dass die Nutzung der Kernenergie für eine Übergangszeit notwendig sei, um den Ausstieg aus CO_2-emittierender Primärenergie zu ermöglichen. Nach dem Koalitionsvertrag habe der sog. Atomkonsens über den Ausstieg aus der Kernenergie Bestand, solange keine andere Vereinbarung zwischen den Koalitionspartnern getroffen werde. Aus diesem Grund könne dem Antrag nicht zugestimmt werden. Gleichwohl sei – wie dies auch in dem Antrag zum Ausdruck komme – eine ideologiefreie Diskussion über die Thematik wünschenswert.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass in dem Antrag die Risiken der Kernenergie, die u. a. durch die kürzlich erfolgten Störfälle in den Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel zu Tage getreten seien, außer Betracht blieben. Insoweit müssten sich die Antragsteller den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen. Die Fraktion der SPD stehe zu der im Jahr 2000 getroffenen Vereinbarung über den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Durch ein Festhalten an der Kernenergie würden wichtige Investitionen in erneuerbare Energien und im Bereich der Energieeffizienz verhindert. Die Kernenergie könne somit weltweit keinen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Studien zur Vorbereitung des Energiegipfels am 3. Juli 2007 hätten gezeigt, dass Atomenergie weder zur Versorgungssicherheit noch zur Erreichung der Klimaschutzziele erforderlich sei.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, dass auf Kernenergie für eine Übergangszeit im Hinblick auf einen wirksamen Klimaschutz und eine wirtschaftliche Energieerzeugung nicht verzichtet werden könne. Dies gelte so lange, wie erneuerbare Energien nicht in ausreichendem Maße im Grundlastbereich vorhanden seien oder die Kohleverstromung unter Einsatz der CCS-Technologie nicht in großem Maßstab möglich sei. Im Hinblick auf die Diskussion um die kürzlich erfolgten Störfälle (Krümmel und Brunsbüttel) sei festzuhalten, dass eine Laufzeitverlängerung nur bei sicheren Kernkraftwerken in Betracht komme. Unsichere Kernkraftwerke müssten von den Aufsichtsbehörden stillgelegt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sprach sich gegen eine Laufzeitverlängerung aus, weil das ohnehin unverantwortliche Betriebsrisiko durch mögliche Terrorangriffe noch erhöht werde. Außerdem werde durch einen längeren Betrieb eine noch größere Menge von radioaktivem Abfall erzeugt, für den es bislang keine Entsorgungsmöglichkeit gebe. Der Brennstoff Uran sei nicht unbegrenzt vorhanden. U-235 könne nur noch für einen Zeitraum von etwa 50 Jahren wirtschaftlich sinnvoll abgebaut werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse die Stromversorgung auf regenerative Energien umgestellt sein. Die CO_2-Einsparung durch eine Laufzeitverlängerung sei minimal und betrage bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 bezogen auf die Primärenergie lediglich 1,5 Prozent. Schließlich profitierten von einer Verlängerung der Laufzeiten die Kernkraftwerksbetreiber in zweifacher Hinsicht, nicht jedoch die Stromkunden. Zum einen werde der Grenzpreis für abgeschriebene Atomkraftwerke an der Börse durch Kohlekraftwerke bestimmt. Zum anderen verhelfe beim Emissionshandel die Einpreisung der Zertifikatskosten in den Grenzpreis an der Börse zu „windfall profits" in Milliardenhöhe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte das Anliegen des Antrags insofern, als der Klimawandel ernst genommen und wirksame Gegenmaßnahmen beschlossen werden müssten. Dies sei bislang nicht geschehen. Die in dem

Antrag erhobene Forderung, die Kernenergielaufzeiten zu verlängern, beruhe jedoch auf falschen Voraussetzungen. Die Kernenergie sei nicht geeignet, einen wirksamen Beitrag zur Reduzierung von CO_2 zu leisten. Der gesamte Produktionsprozess führe bei der Kernkrafttechnologie in zunehmendem Maße zur Freisetzung von CO_2. Um Uran mit einem hohen Gehalt zu gewinnen, müsse beispielsweise immer mehr Abraum beiseite geschoben werden. Dies werde in absehbarer Zeit dazu führen, dass die Energiebilanz eines Kernkraftwerkes schlechter sein werde als diejenige eines Kohlekraftwerkes. Die Kernenergie steuere derzeit nur 2,5 Prozent des gesamten Weltenergiebedarfes bei, so dass diese von vornherein keinen nennenswerten Beitrag zur CO_2-Reduzierung leisten könne. Um in Deutschland eine CO_2-Reduzierung um 50 Prozent zu erreichen, müssten nach Berechnungen der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ 70 bis 80 neue Kernkraftwerke gebaut werden. Außerdem sei Uran inzwischen ein knapper Rohstoff, wie ein Anstieg von dessen Preis um das Sechsfache in den vergangenen drei Jahren zeige.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/3138 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Christoph Pries
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333